

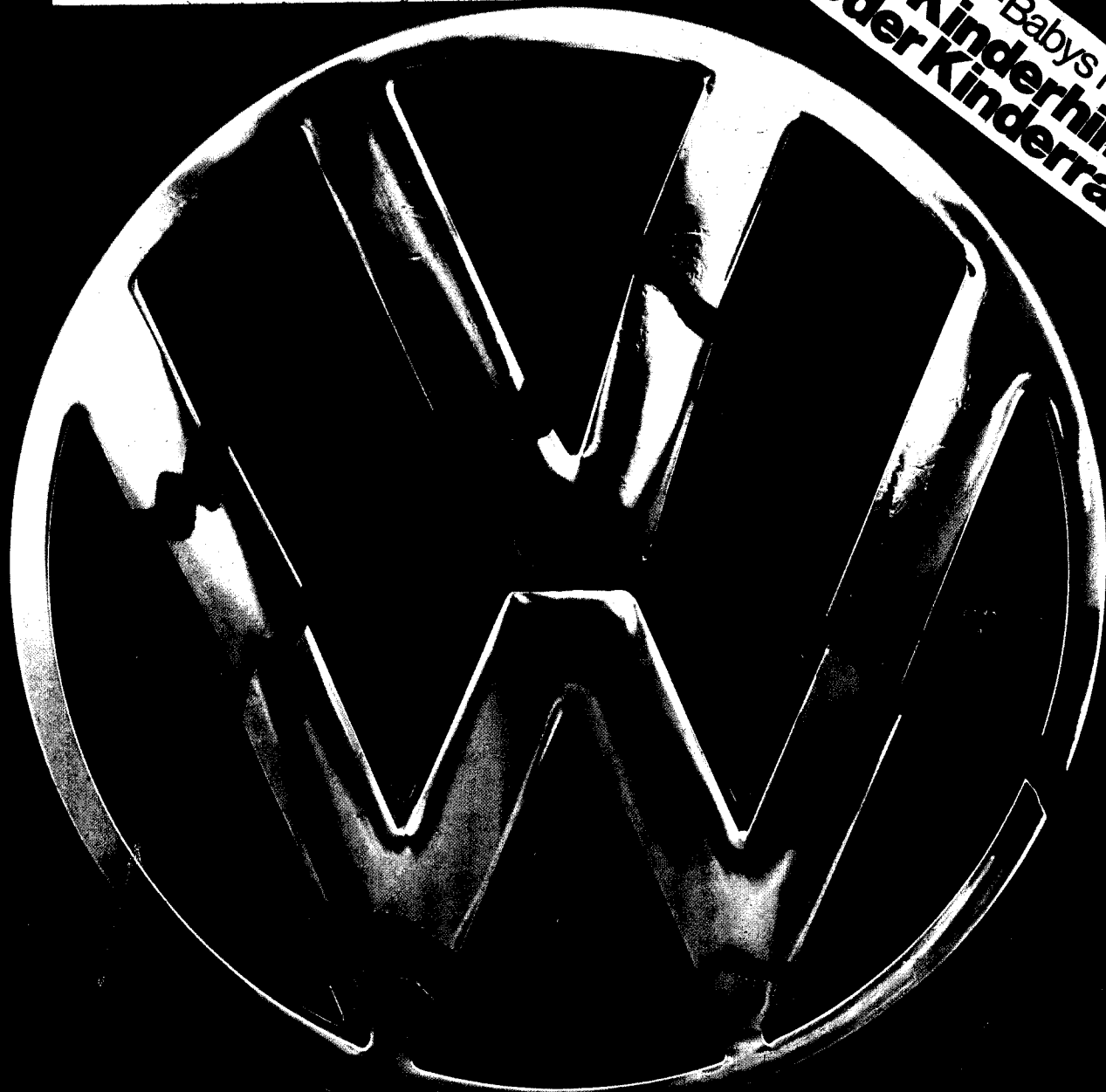
SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein KG · 2 Hamburg 11 · Postfach 110420  
Postvertriebsstück Gebühr bezahlt

ULRIKE MEINHOF

★ 02870

7000 STUTTGART 40  
ASPERGER STR. 60

Vietnam-Babys nach USA  
oder Kinderhilfe  
oder Kinderraub?



Massenentlassungen Millionenverluste  
Managementkrise

Was wird aus VW?

## Heikle Mission

**Portugals Abfall vom Westen würde die Entspannungspolitik gefährden. Bonn sieht sich als Mittler.**

Bonn regierende Sozialliberale sorgen sich um den Ausgang der Wahlen vom 25. April. Gewählt wird freilich nicht im Saarland und auch nicht in NRW; an diesem Tag entscheiden — 2000 Kilometer entfernt — die Portugiesen über ihr erstes frei gewähltes Parlament seit fast 50 Jahren.

In einer Kabinettsitzung am vergangenen Mittwoch signalisierte die Bundesregierung dem angeschlagenen Nato-Partner, daß es sein Schade nicht sein soll, wenn Portugal nicht ein Moskauer Vorposten am Atlantik wird: Bonn stellte einen Kredit in Höhe von 70 Millionen Mark in Aussicht. Führende portugiesische Politiker sollen die Bundesrepublik besuchen, schließlich will die Schmidt-Regierung die Integration des Neun-Millionen-Volkes in europäische Institutionen nachhaltig unterstützen. Voraussetzung ist allerdings, daß der Wahlausgang und die Reaktion der regierenden Offiziere dem Lande einen dritten Weg offenhält — zwischen einer Militärdiktatur und einem von Moskau gelenkten kommunistischen Regime.

Die Furcht vor einem Kuba in der strategisch wichtigen Südwest-Ecke Europas irritierte die Bonner Politiker und Militärs in den letzten Wochen zunehmend. Selbst Optimisten waren skeptisch geworden, als Mario Soares, Chef der unter SPD-Patenschaft in Münstereifel gegründeten Sozialistischen Partei Portugals (PSP), Ende März vom Außenminister zum Regierungsmitglied ohne Aufgabenbereich degradiert wurde, gleichzeitig aber die Macht der portugiesischen Kommunisten wuchs.

Die Koalitionspartner in Bonn fühlen sich durch die Ereignisse in Lissabon besonders berührt, weil ihnen aktuelle Umstände und althergebrachte demokratische Solidarität zu den portugiesischen Sozialisten eine Sonderrolle zuweisen. Spätestens seit Nixons Sturz können die Amerikaner ihre traditionelle Führungsrolle im Mittelmeerraum nicht mehr in alter Souveränität wahrnehmen. Von Portugal bis zur Türkei haben sie erheblich an Glaubwürdigkeit und Sympathie verloren. Verstärkt wurde der Stimmungsumschwung durch das makabre Ende des amerikanischen Engagements in Indochina, den Mißerfolg der Washingtoner Nahost-Vermittlungen und die zwielichtige Rolle von US-Außenminister Henry Kissinger im Zypern-Streit der Nato-Partner Griechenland und Türkei.

Demgegenüber präsentiert sich die Bundesrepublik als militärisch intakte, wirtschaftlich starke und moralisch unversehrte Führungsmacht Westeuropas. Unvergessen ist bei den portugiesischen Demokraten, daß vor allem die deutschen Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren den Opfern der Diktaturen unauffällig, aber wirksam geholfen haben. In Willy Brandt sehen viele Portugiesen die Symbolfigur einer freiheitlichen Politik zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

Die Bonner Regierungspartner wollen die Sonderrolle, die ihnen schon kraft ihrer Position in Europa und der Nato zufiel, behutsam spielen. Ihr Konzept ist es, sich selbst zurückzuhalten und gleichzeitig die beiden Supermächte zu besonderer Behutsamkeit zu ermahnen. Um auch nur den gering-



**Sozialist Soares, Pate Brandt**  
Bonn spielt eine Sonderrolle

sten Anschein eines Bonner Eingriffs in den portugiesischen Wahlkampf zu vermeiden, enthielten sie sich konkreter Maßnahmen.

Denn schon der Besuch von Außenminister Hans-Dietrich Genscher vorletzte Woche in Spanien löste auf der iberischen Halbinsel für die Bundesregierung unliebsame Reaktionen aus. Portugals herrschende Offiziers-Junta betrachtete den Besuch bei Spaniens Caudillo als unerwünschte Parteinahme, die Demokraten in Spanien und Portugal fühlten sich zurückgesetzt.

Gegenüber Moskau und Washington taktierte Helmut Schmidt mit tätiger Vernunft. Den Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, ließ der Kanzler wissen, ein aktives Eingreifen der Sowjet-Union in die portugiesische Innenpolitik werde die Entspannungspolitik empfindlich stören; bei einer

kommunistischen Machtübernahme in Lissabon könnte die von Breschnew angestrebte Gipfelkonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Gefahr geraten.

Den Amerikanern versuchte Bonn auf verschiedenen Ebenen klarzumachen, daß sie die tastende Suche der Portugiesen nach einem eigenen politischen Weg nicht mit der CIA-Elle messen dürften. SPD-Vorsitzender Willy Brandt verklärte in Washington dem US-Außenminister Kissinger: „Wir müssen differenzieren zwischen kommunistischen und sozialrevolutionären Regimen.“ Brandt weiter: „Eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung ist nicht gleichzusetzen mit einem direkten Eingreifen von Moskau.“

So differenziert mochten nicht einmal Brandts Parteifreunde in Schmidts Kabinett die Rolle der Kommunisten beurteilen. In Übereinstimmung mit den Nato-Experten hält SPD-Verteidigungsminister Georg Leber die Lage beim Bündnispartner Portugal für „sehr ernst“. Erstmals wird ein Mitglied der gegen den kommunistischen Ostblock gerichteten Nato durch eine Regierung vertreten, der auch Kommunisten angehören.

Bis zum Herbst gehörten Portugiesen der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der Allianz an, und noch immer arbeiten sie im Ausschuß für nukleare Verteidigungsfragen und im Ständigen Nato-Rat mit. Im November 1974 ließen die Verteidigungsminister wegen des portugiesischen Linksrucks eine Sitzung der NPG — zuständig für die atomare Zielplanung — aus „Termingründen“ platzen. Zur nächsten Juni-Sitzung in den USA wurde der zweifelhaft Verbündete gar nicht erst eingeladen, obwohl die Revolutionsregierung weiter auf ihre Nato-Mitgliedschaft Wert legt.

Wenig politischen Instinkt verrieten die Nato-Militärs, als sie Anfang dieses Jahres eine Flotte vor der portugiesischen Küste üben und Manöver-Angriffe auf das Land fliegen ließen — ein Unternehmen, das sie zwei Jahre zuvor mit Rücksicht auf den Diktator Caetano unterlassen hatten.

Der Nato-Boycott gegen das Land, das für das Bündnis allein wegen seiner strategischen Lage wichtig ist, soll erst wieder aufgehoben werden, wenn deutlich zu erkennen ist, daß Portugal als loyaler Partner im westlichen Lager bleiben will. Dann würde Verteidigungsminister Leber auch wieder Beschaffungskäufe für die Bundeswehr in Portugal tätigen, die er gegenwärtig für „sehr problematisch“ halt.

SPD-Abgeordnete drängen die Regierung überdies, sie möge auf der für Ende Mai vorgesehenen Nato-Gipfelkonferenz zugunsten Portugals und anderer Mittelmeer-Staaten jene in der Bündnis-Charta verankerten Grundsätze

*Boycott  
Kauf  
Anders*

für wirtschaftliche Zusammenarbeit aktivieren, die bisher gegenüber dem Militärischen stets zu kurz gekommen sind.

Denn die politische Unsicherheit im Nato-Süden ist vor allem sozial bedingt. Nach einer Nato-Statistik erreichte das Brutto-Sozialprodukt 1973 je Kopf der Bevölkerung in der Türkei 487 Dollar, in Portugal 1011 und in Griechenland 1410 Dollar. Frankreich dagegen erreichte 4188 Dollar, die Bundesrepublik 4961 und die USA 5656 Dollar.

Die eigentlich zuständige Institution für engere wirtschaftliche Bande zu Lissabon, die Europäische Gemeinschaft in Brüssel, hat sich zum Ärger der Bundesregierung bislang übermäßig zurückgehalten. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Bruno Friedrich, zürnt: „Die große Sauerei ist die Passivität des Brüsseler Ladens.“

Teil des Bonner Wahlkonzepts ist es deshalb, die Widerstände in der EG zu überwinden. Mit Handelserleichterungen bei Agrar- und gewerblichen Erzeugnissen soll Westeuropa, das möchte die Bundesregierung ihren Partnern klarmachen, die portugiesische Wirtschaft befähigen, ein wirklicher Partner zu werden.

Wie schwer dieses Unterfangen angesichts der etablierten Interessen der EG sein wird, offenbarte sich jedoch bereits bei der Kabinettsitzung am Mittwoch. Als die Rede auf das vitale Interesse Lissabons kam, den Portwein-Export in die Länder der EG zu steigern, der bislang durch hohe Zölle behindert wird, „hohnlachte“ (so ein Kabinettsbeobachter) Landwirtschaftsminister Ertl, der ganz sicher war, daß Frankreichs und Italiens Winzer dies nie billigen würden.

Gesundheitsminister Katharina Fokke steuerte einen anderen Einwand gleichen Kalibers bei: Der portugiesische Wunsch werde schon an den Hygienevorschriften der Europäer für die Weinproduktion scheitern.

---

## CHILE-HILFE

---

### Charakter klarmachen

Die Äußerung des Bonner Forschungsministers Matthöfer, einer „Mörderbande“ wie dem chilenischen Regime käme keine deutsche Entwicklungshilfe zu, löste einen innenpolitischen Konflikt aus.

Hans-Dietrich Genscher verbat sich vom Kollegen Hans Matthöfer, der die chilenische Militär-Junta öffentlich eine „Mörderbande“ genannt hatte, jegliche Einmischung in Angelegenheiten seines Außenamtes. Wenn es Schule mache, so Genscher am Mittwoch ver-